

IW-Unternehmervotum



Ergebnisse der 2. Unternehmensbefragung zur Politikbewertung im Rahmen des Deutschland-Checks

Bericht der

IW Consult GmbH Köln

Köln, den 14. Mai 2010

Ansprechpartner für die Inhalte:

IW Consult GmbH
Dr. Adriana Neligan
Leiterin Empirie und Datenbanken
E-Mail: neligan@iwkoeln.de
Tel. (030) 27877-128
<http://www.iwconsult.de>

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	3
Tabellenverzeichnis	4
Zusammenfassung	5
1 Die Meinung der Unternehmen	6
2 Das IW-Unternehmervotum	11

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Auswirkungen des Flugverbots infolge der Vulkanaschewolke	7
Tabelle 2: Auswirkung des Vorfalls „Vulkankrise“ auf das Jahresergebnis.....	8
Tabelle 3: Vorfall „Vulkankrise“ als Anlass zur Überprüfung der Logistikkette.....	8
Tabelle 4: Angemessenheit der Reaktion der Bundesregierung auf die "Vulkankrise"	9
Tabelle 5: Gewünschte Art der Unterstützung des Staates bei der „Vulkankrise“	10

Zusammenfassung

In der letzten Aprilwoche 2010 haben sich 735 Unternehmen an der Kurzumfrage zu den Auswirkungen der Vulkanaschewolke sowie zum Krisenmanagement der Bundesregierung bei diesem Vorfall beteiligt.

Die **zentralen Ergebnisse** sind:

- Die wirtschaftlichen Folgen der Vulkanaschewolke auf die Unternehmen halten sich insgesamt in Grenzen. Nur die Hälfte der Unternehmen war von dem Flugverbot überhaupt betroffen. In vielen Fällen beschränkte es sich auf den Ausfall von Geschäftsreisen. Dennoch haben größere Unternehmen die Aschewolke insgesamt deutlich stärker zu spüren bekommen. Immerhin zwei Drittel der größeren Unternehmen mussten deswegen ihre Geschäftsreisen absagen.
- Nicht einmal jedes zehnte Unternehmen erwartet eine – jedoch in den meisten Fällen unwesentliche – Auswirkung der „Vulkankrise“ auf das Jahresergebnis. Größere Unternehmen geben häufiger an (18 Prozent), dass sich der Vorfall auf das Jahresergebnis auswirkt als kleinere Unternehmen (8 Prozent).
- Nur wenige Unternehmen (6 Prozent) sehen das Flugverbot als Anlass dafür, ihre Logistikkette zu überprüfen.
- Das Krisenmanagement der Bundesregierung wird von den Unternehmen überwiegend als angemessen beurteilt. Während mehr als die Hälfte der Unternehmen ein positives Urteil, ein Viertel der Unternehmen ein negatives Urteil abgibt, enthält sich ein Fünftel der Unternehmen hinsichtlich der Beurteilung der Vorgehensweise der Bundesregierung.
- Drei Viertel der Unternehmen sehen es als richtig an, dass der Staat im Falle der Vulkankrise unterstützend tätig wird. Mehr als die Hälfte der Unternehmen spricht sich dafür aus, dass der Staat in einer solchen Situation Nachtflugverbote (56 Prozent) und Wochenendfahrverbote für LKWs (53 Prozent) lockern sollte.

1 Die Meinung der Unternehmen

Fragestellung

Die Aschewolke des isländischen Vulkans Eyjafjallajökull brachte Mitte April den Flugverkehr in weiten Teilen Europas für sechs Tage zum Erliegen. Die Sperrung des Luftraumes führte mit mehr als 100.000 ausgefallenen Verbindungen zu einer beispiellosen Behinderung des Flugverkehrs und zu Einschränkungen im Wirtschaftsleben. Ende April 2010 haben 735 Unternehmen der Industrie und industrienahen Dienstleistungen im Rahmen einer Kurzumfrage Stellung dazu genommen, in wie fern sie von der Sperrung des Luftraumes durch die Aschewolke des isländischen Vulkans Eyjafjallajökull betroffen gewesen sind und sie das Krisenmanagement der Bundesregierung bewerten.

Es wurden fünf Fragen gestellt:

- Welche Auswirkungen hat das Flugverbot infolge der Vulkanaschewolke auf Ihr Unternehmen?
- Werden Sie diesen Vorfall zum Anlass nehmen, Ihre Logistikkette zu überprüfen?
- Wird sich dieser Vorfall auf das Jahresergebnis Ihres Unternehmens auswirken?
- Hat die Bundesregierung Ihrer Meinung nach angemessen auf die „Vulkankrise“ reagiert?
- Wie sollte der Staat bei diesem Vorfall unterstützen?

Aschewolke ohne drastische Folgen für die Wirtschaft

Bei jedem zweiten Unternehmen hat das Flugverbot infolge der Vulkanaschewolke keine Auswirkungen gehabt. Bei größeren Unternehmen kann dies allerdings nur etwa jedes fünfte Unternehmen bestätigen. Dabei beschränken sich die Folgen des gesperrten Luftraumes am ehesten auf den Ausfall von Geschäftsreisen, gefolgt von Verzögerungen bei Zu- und Auslieferungen, dem Ausfall von Konferenzen, Messen etc. und in ganz seltenen Fällen auf Produktionsausfälle (Tabelle 1).

- Mit einem Anteil von lediglich knapp ein Fünftel der Unternehmen nimmt der Ausfall von Geschäftsreisen den höchsten Stellenwert unter den Auswirkungen ein. Zudem war ein Achtel der Unternehmen von Verzögerungen bei Zulieferungen (13 Prozent), Verzögerungen bei Auslieferungen (13 Prozent) und dem Ausfall von Konferenzen, Messen etc. (12 Prozent) betroffen. Wenige Unternehmen nennen selber weitere Auswirkungen (5 Prozent). Hierunter fallen am häufigsten Verzögerungen bei Geschäftsreisen.

- Größere Unternehmen waren deutlich häufiger vom Flugverbot betroffen. Von den größeren Unternehmen (ab 50 Millionen Euro Umsatz) geben lediglich 17 Prozent an, dass der Vorfall keine Auswirkungen auf ihr Unternehmen hatte. Unter den Auswirkungen ist der Ausfall von Geschäftsreisen besonders hervorzuheben, den gut zwei Drittel der größeren Unternehmen nennt.

Tabelle 1: Auswirkungen des Flugverbots infolge der Vulkanaschewolke

Angabe der Antwort "Ja" in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet

	Branche		Umsatz in Mio. Euro			Gesamt
	Industrie	Dienstleistung	<1	1-50	ab 50	
Keine Auswirkungen auf das Unternehmen	44,3	51,0	51,4	38,7	16,8	49,7
Auswirkungen auf das Unternehmen (Mehrfachnennungen)						
Ausfall von Geschäftsreisen	19,2	19,3	17,0	34,8	69,6	19,3
Verzögerungen bei Zulieferungen	20,1	11,8	12,8	17,2	24,1	13,3
Verzögerungen bei Auslieferungen	18,5	11,2	12,3	14,0	22,5	12,6
Ausfall von Konferenzen, Messen etc.	13,5	12,3	11,7	17,6	40,1	12,5
Produktionsausfälle	3,0	3,6	3,3	4,3	5,4	3,5
Sonstiges	3,0	5,3	4,8	5,6	6,3	4,9

Quelle: IW-Unternehmervotum, Ende April 2010, 735 Unternehmen der Industrie und industrienahen Dienste

Lediglich knapp jedes zehnte Unternehmen geht davon aus, dass die Vulkanaschewolke überhaupt eine Auswirkung auf das Jahresergebnis hat (Tabelle 2).

- Etwa 8 Prozent der Unternehmen glaubt jedoch, dass der Effekt nur unwesentlich sein wird. Nur sehr wenige Unternehmen (1 Prozent) gehen sogar von dramatischen Auswirkungen aus.
- Ein Elftel der Unternehmen (9 Prozent) kann bezüglich der Auswirkungen auf das Jahresergebnis noch keine Einschätzung vornehmen.
- Größere Unternehmen geben deutlich häufiger an, zumindest unwesentliche Auswirkungen auf das Jahresergebnis zu erwarten (18 Prozent) als kleinere Unternehmen (8 Prozent).

Tabelle 2: Auswirkung des Vorfalls „Vulkankrise“ auf das Jahresergebnis

Angaben in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet

	Branche		Umsatz in Mio. Euro			Gesamt
	Industrie	Dienstleistung	<1	1-50	ab 50	
Ja, dramatisch	0,0	0,9	0,7	0,9	1,8	0,8
Ja, aber unwesentlich	6,3	8,3	7,4	11,6	15,9	7,9
Nein, gar nicht	84,8	81,9	83,0	78,6	76,1	82,5
Weiß noch nicht	8,9	8,8	8,8	9,0	6,2	8,8
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: IW-Unternehmervotum, Ende April 2010, 735 Unternehmen der Industrie und industrienahen Dienste

Nur wenige Unternehmen (6 Prozent) sehen das Flugverbot als einen Anlass, ihre Logistikkette zu überprüfen (Tabelle 3). Bei einer detaillierten Betrachtung nach Branche und Umsatzgröße zeigt sich weitgehend ein einheitliches Bild.

Tabelle 3: Vorfall „Vulkankrise“ als Anlass zur Überprüfung der Logistikkette

Angaben in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet

	Branche		Umsatz in Mio. Euro			Gesamt
	Industrie	Dienstleistung	<1	1-50	ab 50	
Ja	7,5	6,0	6,4	5,1	6,2	6,3
Nein	92,5	94,0	93,6	94,9	93,8	93,7
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: IW-Unternehmervotum, Ende April 2010, 735 Unternehmen der Industrie und industrienahen Dienste

Angemessenes Krisenmanagement der Bundesregierung

Nur ein Viertel der Unternehmen beurteilt die Vorgehensweise der Bundesregierung als unangemessen (Tabelle 4).

- Über die Hälfte der Unternehmen (54 Prozent) gibt an, dass die Bundesregierung angemessen reagiert hat.
- Immerhin ein Fünftel der Unternehmen nimmt in Bezug auf das Krisenmanagement der Bundesregierung keine Beurteilung vor.
- Im Branchenvergleich sind Unterschiede zu erkennen. Industrieunternehmen denken häufiger, dass die Bundesregierung angemessen reagiert hat (60 Prozent) als Dienstleistungsunternehmen (53 Prozent).
- Zudem bewerten größere Unternehmen häufiger (63 Prozent) die Reaktion der Bundesregierung als richtig als kleinere Unternehmen (54 Prozent).

Tabelle 4: Angemessenheit der Reaktion der Bundesregierung auf die "Vulkankrise"
Angaben in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet

	Branche		Umsatz in Mio. Euro			Gesamt
	Industrie	Dienstleistung	<1	1-50	ab 50	
Ja	60,2	52,8	54,3	52,6	62,8	54,2
Nein	19,9	26,7	24,9	29,4	26,5	25,4
Weiß nicht	19,9	20,5	20,8	18,0	10,6	20,4
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: IW-Unternehmervotum, Ende April 2010, 735 Unternehmen der Industrie und industrienahen Dienste

Mehrheitlich wird die Unterstützung des Staates aus Unternehmenssicht bei einem solchen Vorfall gewünscht. Mehr als jedes zweite Unternehmen spricht sich dafür aus, dass der Staat in einer solchen Situation Nachtflugverbote und Wochenendfahrverbote für LKWs lockern sollte (Tabelle 5).

- Ein Viertel der Unternehmen gibt an, dass es nicht die Aufgabe des Staates ist, bei diesem Vorfall aktiv zu werden.

- Über die Hälfte der Unternehmen spricht sich für eine Lockerung der Nachtflugverbote (56 Prozent) und eine Lockerung von Wochenendfahrverboten für LKWs (53 Prozent) als unterstützende Maßnahmen aus. Demgegenüber haben die Organisation einer Pflichtversicherung für Naturgefahren (10 Prozent) und die Zahlung von Schadensersatz (3 Prozent) nur eine geringe Bedeutung.
- Immerhin jedes zehnte Unternehmen hat ergänzende Vorschläge hinsichtlich der gewünschten Unterstützung. Der größte Teil dieser Anregungen bezieht sich auf ein effizientes Krisenmanagement des Staates. Hierunter verstehen die Unternehmen u. a. eine schnelle und gute Informationspolitik, eine europaweite Abstimmung und schnelle Entscheidungen, was bei der „Vulkankrise“ offensichtlich vermisst wurde.
- Größere Unternehmen sprechen sich häufiger dafür aus, dass der Staat unterstützend tätig wird als kleinere Unternehmen. Gut drei Viertel der größeren Unternehmen bewerten eine Lockerung der Nachtflugverbote und zwei Drittel eine Lockerung von Wochenendfahrverboten für LKWs als angemessene Maßnahmen der Bundesregierung.

Tabelle 5: Gewünschte Art der Unterstützung des Staates bei der „Vulkankrise“
Angabe der Antwort "Ja" in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet

	Branche		Umsatz in Mio. Euro			Gesamt
	Industrie	Dienstleistung	<1	1-50	ab 50	
Der Staat sollte nichts tun	22,1	25,6	25,6	20,6	17,7	25,0
Der Staat sollte unterstützen (Mehrfachnennungen)						
Lockerung der Nachtflugverbote	61,3	55,3	55,5	62,7	76,3	56,5
Lockerung von Wochenendfahrverboten für LKWs	59,2	51,8	52,3	58,9	66,3	53,2
Organisation einer Pflichtversicherung für Naturgefahren	5,2	11,4	10,0	12,0	4,5	10,2
Schadensersatz	3,1	3,2	2,7	6,1	1,8	3,1
Sonstiges	4,4	11,7	11,0	5,7	7,1	10,3

Quelle: IW-Unternehmervotum, Ende April 2010, 735 Unternehmen der Industrie und industrienahen Dienste

2 Das IW-Unternehmervotum

Das IW-Unternehmervotum befragt vier Mal im Jahr Entscheider der deutschen Wirtschaft zu aktuellen politischen Vorgängen. Konzipiert wird die Kurzbefragung von der IW Consult, einer Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.

Diese Befragungsrunde konzentrierte sich mit fünf kurzen Fragen auf die Betroffenheit der Unternehmen während der „Vulkankrise“ sowie auf eine Bewertung des Krisenmanagements der Bundesregierung. Die Online-Umfrage fand in der letzten Aprilwoche 2010 statt.

Teilgenommen haben an der Befragung 735 Unternehmen. Angeschrieben wurden hierfür Unternehmen aus der Industrie sowie den industrienahen Dienstleistungen (Großhandel, Verkehr, Nachrichten, unternehmensnahe Dienstleistungen). Angaben für Gesamt beziehen sich im Folgenden auf eine Hochrechnung der Befragungsdaten anhand der Anzahl der Unternehmen im Unternehmensregister bezogen auf die Grundgesamtheit der erfassten Wirtschaftszweige.